

HELMUT WERNER

Umweltrechtliche Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandortes Deutschland

Die Zeiten einer unkritischen Wachstumseuphorie, die Dominanz rein quantitativer Wachstumsmaßstäbe, ein sorgloser Umgang mit der Umwelt, gehören unwiderruflich der Vergangenheit an. Die Industrie bekennt sich zu ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung, den Faktor Umwelt als natürlichen Bestandteil einer jeden betriebswirtschaftlichen Kalkulation zu berücksichtigen, geleitet von der Erkenntnis, daß Marktfähigkeit auch Umweltfähigkeit voraussetzt. Das zwingt uns dazu, ein neues Gleichgewicht zwischen Ökonomie, Ökologie und Technologie zu definieren.

Klares Bekenntnis der Industrie zum Umweltschutz

Es hat schon Tradition, gerade die Industrie ob ihres mangelnden Umweltengagements zu kritisieren. Die teils sehr emotional geführte öffentliche Diskussion verkennt jedoch, daß Deutschland hinsichtlich der öffentlichen und privaten Aufwendungen zum Schutz der Natur einen Spitzenplatz im internationalen Vergleich einnimmt. Gleichwohl darf aber nicht verkannt werden, daß auch der Kostenfaktor Umweltschutz die Position deutscher Erzeugnisse im internationalen Leistungswettbewerb zunehmend schwächt. Gerade vor dem Hintergrund steigender globaler Wettbewerbsintensität muß die Harmonisierung und Durchsetzung gleicher Umweltstandards an der Spitze der politischen Agenda stehen. Das ist die einzig realistische Möglichkeit, vorhandene Wettbewerbsverzerrungen durch unterschiedliche Freiräume in der Belastung der Umwelt abzubauen.

Innovative, umweltorientierte Produktkonzepte und Prozeßtechnologien belegen Bereitschaft und Leistungsfähigkeit auch der Automobilindustrie und beschleunigen damit die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung.

Somit ist auch die Behauptung der Unvereinbarkeit von Marktwirtschaft und Schutz der Umwelt widerlegt. Dennoch wird unverändert die Forderung nach dirigistischen Lenkungsmechanismen aufrechterhalten, um dem vermeintlichen Systemversagen der Marktwirtschaft entgegenzuwirken und einer gesamtheitlichen Verantwortung im Umweltschutz besser gerecht zu werden. Meines Erachtens ist die Abkehr von einer selbststeuernden in Richtung einer ökologisch gesteuerten Wirtschaftsform nicht zielführend, weil ein wesentlicher Zusammenhang vernachlässigt wird. Die ökologischen Probleme sind nicht durch die mangelnde Kompetenz des Selbststeuerungsmechanismus

der Marktwirtschaft verursacht, sondern eine Folge davon, daß die Umwelt nicht konsequent dem Grundsatz von Knappheit und der entsprechenden Preisbildung unterworfen wird.

Über diese theoretische Betrachtung hinaus wird die These des systemimmanenten Marktversagens auch durch die Realität widerlegt. Die gesamtwirtschaftlichen Umweltschutzausgaben betragen nach Erhebungen der OECD 1991 in Westdeutschland rund 16,4 Mrd. \$ und liegen damit, gemessen am Bruttosozialprodukt, im internationalen Vergleich auf Rang 2. Der Ausgabenanteil der Privatwirtschaft addiert sich auf rund 63%, auch hier zeigt sich das ausgeprägte Umweltengagement im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Es untermauert zudem noch die Schrittmacherfunktion Deutschlands im Umweltschutz, der ein bedeutendes Gewicht innerhalb der Standortfaktoren hat.

So wünschenswert, gerade im Sinne der Zukunftsvorsorge, eine weitere Steigerung der Umweltschutzbemühungen auch ist, wir müssen uns dabei der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen bewußt sein. Es ergeben sich u. a. Wettbewerbsverzerrungen durch Kostennachteile infolge unterschiedlicher Umweltstandards, der Verlust existierender Geschäftsfelder und die Steigerung der logistischen Komplexität durch Aus- bzw. Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten. Über die rein kostenmäßige Belastung stellen sich mittel- oder langfristig aber auch Chancen ein, so beispielsweise durch das Angebot hochwertiger, umweltorientierter Technologien, der Eröffnung neuer Geschäftsfelder und der Kostenersparnis durch effizienteren Ressourceneinsatz.

Die dreigeteilte Verantwortung für den Umweltschutz

Niemand kann sich seiner Verantwortung für die Umwelt entziehen. Verbraucher, Hersteller und Staat bzw. Politik sind im Rahmen ihrer Möglichkeiten gefordert, und zwar in abgestimmter, sich ergänzender Form, um so dem Ziel eines integrierten Umweltschutzes näher zu kommen.

Die Verantwortung der Verbraucher

Steigender Wohlstand, beschleunigter technischer und sozialer Wandel, der anhaltende Trend zur Freizeitgesellschaft und auch steigender Bildungsgrad haben bei den Konsumenten einen deutlichen Wertewandel ausgelöst. Nach einer Befragung aus dem Jahre 1991 wurde wirksamer Umweltschutz von über 70% der Befragten als wichtigstes politisches Ziel benannt. Gleichwohl muß die Frage gestellt werden, mit welcher Konsequenz die Gesellschaft diesem Anspruch selbst gerecht wird, d. h. welchen Mehrpreis bzw. Komfortverzicht der Verbraucher zugunsten der Umwelt tatsächlich akzeptiert. Betrachten wir beispielsweise den Sektor Verkehr, so klaffen Anspruch und Wirklichkeit auseinander. Mit großem Engagement wird über die Belastungen des Verkehrs diskutiert; wir sind einer wahren Inflation verkehrspolitischer Ansätze und Konzepte ausgesetzt. Doch scheinbar unbeeindruckt davon müssen wir von einem weiteren Wachstum des Straßenverkehrs ausgehen. Im Zuge der europäischen Integration und

mangels geeigneter Alternativen wird das Nutzfahrzeug seine Stellung im Güterverkehr weiter ausbauen und auch die Attraktivität des Individualverkehrs, insbesondere auf dem Sektor der Erlebnismobilität, ist ungebrochen.

Die Verantwortung der Automobilindustrie

Für die Automobilindustrie, so auch für Mercedes-Benz, ist Umweltschutz erklärtes Unternehmensziel und steht gleichberechtigt im Wettbewerb mit den übrigen Unternehmenszielen. Unsere Verantwortung definiert sich über den gesamten Produktlebenszyklus, von der Produktentstehung bis zur Entsorgung. Im Rahmen der *Produktgestaltung* kommt u.a. der Auswahl der Werkstoffe, einer recyclinggerechten Konstruktion und emissionsoptimierten Antrieben besondere Bedeutung zu.

Die Minimierung von Umweltbelastungen aus dem *Produktionsprozeß* genießt hohe Priorität, im Sinne vorbeugenden Umweltschutzes beispielsweise durch die Einführung der Wasserbasislacktechnologie, den Verzicht auf FCKW oder die Nutzung chlorfreier Kühlschmiermittel. Die Installation eines aufwendigen Immissionsmeßnetzes für das Werk Untertürkheim der Mercedes-Benz AG unterstreicht unsere Bemühungen um Kontrolle und Sicherstellung umweltgerechter Produktion. Das Werk Rastatt ist ein Modellfall für den Ausgleich von Ökonomie und Ökologie. Sowohl im Werk als auch im Umfeld der Industrieansiedlung wurden alle Maßnahmen getroffen, um ein harmonisches Nebeneinander von Automobilfabrik, Natur und Umwelt zu gestalten. Neueste Techniken sorgen für optimale Energienutzung, Reduzierung des Wasserverbrauchs und Minimierung der Luftemission. Der zwangsläufige Landschaftsverbrauch wurde durch Schaffung umfangreicher ökologischer Ausgleichsmaßnahmen im Umfeld des Werkes kompensiert. Das sind nur einige Beispiele dafür, eine möglichst umweltschonende Fabrik zu realisieren.

Für die Phase der *Nutzung* der Fahrzeuge tragen Kunden und Hersteller gleichermaßen Verantwortung. Fahrverhalten und verantwortungsvolle Wartung sind nur zwei Felder, auf denen die Verbraucher die Fortschritte um umweltgerechte Produkte durch eigenes Verhalten unterstützen bzw. steigern können. Doch die Konzentration auf das Produkt allein genügt uns als Hersteller hochwertiger Automobile nicht.

Die konstruktive Weiterentwicklung unseres Verkehrssystems zur Erhaltung einer umweltgerechten Mobilität ist eine der zentralen Herausforderungen, der auch wir uns zu stellen haben. Die Komplexität des Systems Verkehr zu verstehen ist eine der wesentlichen Voraussetzungen, um auch die Fahrzeuge vor dem Hintergrund der zunehmend notwendigen Vernetzung von Verkehrsmittel und Verkehrsträger und im zweiten Schritt der Integration der Verkehrsträger systemgerecht weiter zu entwickeln.

Gestützt auf die Kompetenz als Hersteller und eingebunden in den integrierten Technologiekonzern Daimler-Benz ist die Mercedes-Benz AG in mehreren vielversprechenden Verkehrsprojekten engagiert und demonstriert damit ein erweitertes Produktverständnis.

– Das *Projekt Schiene-Straße* zielt auf die Optimierung des kombinierten Güterverkehrs unter den gegenwärtig anzutreffenden Rahmenbedingungen u.a. durch die Installation eines effizienten Informationsmanagementsystems.

- Das *Projekt Güterverkehr 2000* geht einen wesentlichen Schritt weiter. Neben der Entwicklung eines neuen logistischen Gesamtkonzeptes für den kombinierten Güterverkehr sollen auch auf technischem Gebiet, u. a. in der Waggonkonstruktion und der Be- und Entladetechnik, neue Ansätze realisiert werden, um die Leistungsfähigkeit und damit die Attraktivität der kombinierten Transportkette zu steigern.
- Das *Pilotprojekt STORM* verfolgt den Ansatz, das Verkehrsgeschehen in der Region Stuttgart durch den Einsatz moderner Verkehrsinformations- und Verkehrsbeeinflussungstechniken umweltgerechter, sicherer und wirtschaftlicher zu gestalten. Teilprojekte zielen darauf ab, die Kooperation zwischen Individualverkehr und öffentlichem Verkehr voranzutreiben und dem Straßengüterverkehr eine bessere Fahrzeugdisposition (Flottenmanagement) zu ermöglichen.

Die letzte Phase des automobilen Lebens betrifft die umweltgerechte *Entsorgung*. Die Mercedes-Benz AG favorisiert das Verfahren des sogenannten metallurgischen Recyclings. Teildemontierte Altkarosserien werden bei hohen Temperaturen zu Stahl geschmolzen. Die Restkunststoffe und sonstigen Nichtmetalle in den Karosserien verbrennen und heizen zusätzlich die Schmelze an. Auf diese Weise dienen die verbliebenen, nicht demontierbaren Reste dazu, teure Heizenergie einzusparen.

Dem Schmelzprozeß nachgeschaltete Abgasreinigungssysteme sorgen dafür, daß keine Schadstoffe in die Umwelt gelangen.

Die Verantwortung von Staat und Politik

Neben Verbrauchern und der Industrie müssen Staat bzw. Politik ihren Beitrag im Rahmen der dreigeteilten Verantwortung für den Umweltschutz leisten. Wesentliche Gestaltungsmöglichkeit liegt in der Definition langfristiger, verlässlicher und realistischer Rahmenbedingungen auf europäischem Niveau. Andernfalls sind Marktverwerfungen, wie sie bezüglich der Diesel-PKW aufgetreten sind, auch zukünftig nicht ausgeschlossen. Staat und Politik haben ohne Zweifel die Aufgabe der preispolitischen Gestaltung des ökologischen Wandels. Die Akzeptanz demgegenüber wird aber dadurch untergraben, daß, je nach Standpunkt, mittels umweltorientierter Argumentation dirigistische und fiskalpolitische Motive überdeckt werden sollen.

Ansätze für einen zukunftsorientierten Umweltschutz

Die umweltpolitische Herausforderung läßt sich in ihrer Dringlichkeit in keinem Land der Erde mehr verdrängen. Die Bewältigung dieser ökologischen Herausforderung ist eine politische und nicht minder auch eine wirtschaftliche Aufgabe. Ziel muß sein, eine neue Partnerschaft zwischen Ökonomie und Ökologie herzustellen und zwar auf pragmatischem Wege.

Folgende Thesen sollen Rahmenbedingungen für einen ordnungspolitisch ausgerichteten und effizienten Umweltschutz aufzeigen und allen dirigistisch und ideologisch orientierten Ansätzen eine klare Absage erteilen.

Auch im Umweltschutz muß die Marktwirtschaft als ordnungspolitischer Rahmen Geltung haben

Die Bestimmung der Faktorpreise für die Nutzung der natürlichen Ressourcen und deren Eingang in die Kalkulation sind Voraussetzung für die Berücksichtigung der Umweltschutzkosten über den gesamten Produktlebenszyklus. Damit wäre eine Grundbedingung für die Wirksamkeit der Selbststeuerung der Marktwirtschaft erfüllt, deren Durchsetzung gleichwohl noch nicht sichergestellt ist, wie folgendes Beispiel zeigt. Trotz europaweit abgestimmter Leitlinien zum Umweltschutz besteht die Möglichkeit, diese Leitlinien zeitlich abgestuft in das nationale Recht zu übernehmen. Unter Berücksichtigung einer unterschiedlichen Qualität der Vollzugskontrolle in Europa führen beide Aspekte de facto zu Wettbewerbsverzerrungen, was die wirtschaftliche Problematik der Vorreiterrolle in Umweltschutzfragen zusätzlich verdeutlicht. Das Gebot der Wettbewerbsneutralität und darüber hinaus die Akzeptanz des Verursacherprinzips verbunden mit der Gleichbehandlung der Verursachergruppen sind demzufolge weitere notwendige Bedingungen zur Realisierung eines marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmens für den Umweltschutz.

Der Umweltschutz muß dem Anspruch der Effizienz genügen

Die gesamtheitliche Betrachtung der mit der Gesetzgebung verbundenen Auswirkungen, d. h. die ganzheitliche Umweltbilanzierung im Vorfeld der Gesetzgebung, ist der einzig methodisch glaubwürdige Ansatz zur Lösung ökologischer Problemstellungen. Jeder andere Weg führt lediglich zu Problemverschiebungen, die weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll sind.

So wird im Rahmen der Emissionsverminderung bei Dieselmotoren der Partikelfilter favorisiert, wünschenswert und tatsächlich zielführend sind allerdings erst innermotorische Maßnahmen, d. h. am Ort der Entstehung. Die Automobilindustrie arbeitet mit Hochdruck daran, die sogenannten „end of the pipe technologies“ zu überwinden, da diese, wenngleich mit großem Erfolg, lediglich nachsorgenden Charakter haben. Die Optimierung der Aufwand-Nutzenrelation ist ein weiterer Ansatz, die Effizienz des Mitteleinsatzes im Umweltschutz zu optimieren. Wir müssen die bisherige Strategie der fortlaufenden Steigerung der ohnehin schon hohen Umweltstandards in den entwickelten Industrienationen kritisch hinterfragen. Vor dem Hintergrund weltweit stark unterschiedlicher Umweltstandards muß das Kriterium globaler Nutzen deutlich mehr Gewicht bekommen. Das verlangt im Sinne einer Grenznutzenbetrachtung einen differenzierten Ressourceneinsatz zur Beseitigung vorhandener Defizite in den Industrieländern und zur Eindämmung gravierender Umweltkrisenherde in weniger entwickelten Ländern.

Integriertes Umweltmanagement verlangt qualifizierte Rahmenbedingungen

Die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft bestimmt sich nicht nur durch die Marktfähigkeit ihrer Produkte, sondern auch durch die Wandlungsbereitschaft und

-fähigkeit des Gesamtsystems gegenüber der Dynamik internationaler Wettbewerbsbedingungen. Der Qualität und Anpassungsfähigkeit gesetzlicher und administrativer Rahmenbedingungen kommt somit entscheidende Bedeutung zu, auch auf dem Sektor Umweltschutz. Aus Sicht der Industrie haben wir dort einen enormen Nachholbedarf. Die Entflechtung und Harmonisierung der Umweltschutzgesetzgebung muß entschieden vorangetrieben werden. Notwendig ist ein in sich geschlossener, widerspruchsfreier, ökologischer Rechtsrahmen. Die historisch aus unterschiedlichen Bezügen (u. a. Wasserwirtschaft, Arbeitsschutz) gewachsene Gesetzgebung muß überwunden werden, d. h. es muß eine Abkehr von sektoralem Denken vollzogen werden. Darüber hinaus ist das Regelwerk zu professionalisieren, Beherrschbarkeit, Transparenz und Verminderung der Anzahl der Umweltschutzvorgaben müssen im Vordergrund stehen. Vom Geltungsbereich her muß der europäischen Integration Rechnung getragen werden, die nationale Orientierung gehört der Vergangenheit an.

Für die Industrie ist inhaltlich von entscheidender Bedeutung, daß auf Basis eines realistischen Zeithorizontes ein Handlungsrahmen bzw. Lösungsraum zur Entwicklung umweltgerechter Technologien definiert und nicht eine spezielle technische Lösung vorgegeben wird. Damit wird der Innovationskraft der Industrie und den besonderen Chancen aus dem raschen technologischen Wandel Rechnung getragen.

Die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren ist ein weiterer Stellhebel, die Anpassungsfähigkeit der Volkswirtschaft und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Die Industrie sucht damit keinen Weg, die Qualität der Umweltverträglichkeitsprüfungen und damit die Qualität der Umweltstandards abzusenken. Die Zeiträume beispielsweise für die Umsetzung industrieller Neuansiedlungen führen uns aber tagtäglich vor Augen, daß politische Entscheidungsmechanismen die Reaktionsfähigkeit der Industrie auf geänderte Rahmenbedingungen entscheidend beeinträchtigen. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß damit der Konservierung unrentabler Kapazitäten Vorschub geleistet wird, mit anderen Worten, daß ein natürlicher Prozeß der Marktwirtschaft, die Ablösung alter durch neue und auch umweltfreundlichere Kapazitäten, hinausgezögert oder auch verhindert wird.

Perspektive

Die Wirtschaft hat sich über viele Jahrzehnte hinweg als Motor materiellen Wohlstandes definiert. Es wäre daher nicht nur unklug, sondern geradezu fatal, wenn sich die Wirtschaft von der Diskussion um neue, ökologieorientierte Gesellschafts- und Wirtschaftsentwürfe gewissermaßen freiwillig ausgrenzen würde. Die Industrie wird somit den Weg in eine umweltgerechtere Industriegesellschaft unterstützen, pragmatisch und abseits aller ideologischer Ansätze.

Auf dem Gebiet des Umweltschutzes wird die deutsche Industrie ihre technologische Kompetenz unter Beweis stellen und das wird die Lösung umweltpolitischer Probleme stärker voranbringen, als jedweder Dirigismus auf politischer oder administrativer Ebene.